



An den Bürgermeister der Stadt
Emmerich am Rhein
Peter Hinze

Stadt Emmerich am Rhein
Der Bürgermeister

Eing.: **20. Mai 2021**

Bgm.:

Dez.:

FB:

Anl.: PWZ: €

Dr. Matthias Reintjes

FRAKTIONS-VORSITZENDER

Telefon: 0163 / 234 926 1

E-Mail: info@cdu-emmerich.de

Eingabe/Antrag an den Rat
19.05.2021

Eingang am: 20.5.21

zur Kenntnis an:

U o. III:

FB (u. a.):

Vorlage zur Stellungnahme:

Vorwand an:

Anlage ist:

Debatte über die Baumschutzsatzung

Antrag

Der Rat der Stadt Emmerich am Rhein beauftragt die Verwaltung in Abstimmung mit dem Umweltausschusses eine Debatte über die Weiterentwicklung und/oder Streichung der städtischen Baumschutzsatzung zu starten.

Begründung

Jeder Baum der gefällt wird, ist ein großer Verlust für das Mikroklima in unserer Stadt. Bäume nehmen Kohlendioxid auf, liefern Sauerstoff und filtern Feinstaub und Schadstoffe aus der Luft; sie sind Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Tiere. Diese zu schützen ist die intendierte Aufgabe der städtischen Baumschutzsatzung.

Dennoch berichten BürgerInnen immer wieder von krassen Fehlanreizen der Satzung, die nach Meinung der CDU-Fraktion politisch beraten werden sollten. So werden Bäume oft durch BürgerInnen präventiv gefällt bevor diese, die in der Satzung definierten Stammumfang, erreichen. Das ist weder im Sinne der BürgerInnen, noch im Sinne des Klima- und Umweltschutzes. Auch werden noch nicht bebaute Grundstücke in Wohngebieten regelmäßig gerodet. Aussage der Eigentümer: man will das Entstehen von Bäumen/Miniwäldern verhindern, bevor ihre Entfernung bürokratischem Aufwand und Ersatzverpflichtung mit sich bringt - sofern sie überhaupt noch erlaubt wird und das Grundstück ggf. wertlos wird.

Es ist also zu vermuten und zahlreiche Beispiele aus anderen Kommunen belegen dies, dass sehr viele Bäume viel zu früh gefällt werden, eben weil es eine Baumschutzsatzung in Emmerich gibt. Die Satzung schützt nur alte und große Bäume, verhindert in der Praxis aber oft das nachwachsen junger Bäume. Ergo werden BürgerInnen abgeschreckt privat Bäume zu pflanzen.

Andere Kommunen im Land führen aktuell ähnliche Diskussionen und haben sich in Teilen dazu entschieden die Baumschutzsatzung anzupassen oder abzuschaffen um dazu beizutragen, dass Bäume in Privatgärten länger erhalten bleiben oder überhaupt erst entstehen bzw. gepflanzt werden.

Die oft nicht unerheblichen Personal- und Sachkosten zur Kontrolle der Baumschutzsatzung wurden nach der Abschaffung dieser, vielerorts in die Pflege und Neupflanzung von Bäumen investiert. Weiterhin berichteten viele Kommunen, dass ca. 80-90% der beantragten Fällungen nach Baumschutzsatzung auch genehmigt wurden.

Darüber hinaus ist es in den Kommunen, welche die Satzungen abschafften, nicht zu dem befürchteten Kahlschlag gekommen, auch da die BürgerInnen heute ein gewachsenes ökologisches Bewusstsein für den eigenen Baumbestand haben.

Die CDU-Fraktion wünscht sich eine ideologiefreie Debatte über die Vor- und Nachteile der Baumschutzsatzung und bittet die Verwaltung folgende Daten vorab zu liefern:

- Sach- und Personalkosten zur Kontrolle/Beratung in Sachen Baumschutz
- Zahl der Anträge/Genehmigungen/Ablehnungen auf Fällung etc.

Mit freundlichen Grüßen


Dr. Matthias Reintjes
Vorsitzender